

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 263 B

BERLIN • Dienstag, den 8. November 1932

1. JAHRGANG

Der Ruck nach links.

Streiklage bei der BVG.

Der Streik bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft dauert, entgegen der Stimmungsmache bürgerlicher Blätter,

ziemlich unverändert

an. Die Zahl der „Arbeitswilligen“ ist zwar anscheinend noch etwas gestiegen, doch beträgt sie nicht viel mehr als höchstens ein Viertel der Belegschaft. Der Betrieb kann daher nur in äußerst beschränktem Umfange durchge-

führt werden, außerdem muß er in der Nacht aus Sicherheitsgründen noch immer ganz eingestellt werden. Daß die Benutzung der bestreikten BVG-Verkehrsmittel, die inzwischen etwas zugenommen hat, auch am Tage,

noch immer nicht ungefährlich

ist beweisen die wiederholten

Attentate auf Straßenbahnwagen.

am Sonnabend und Sonntag. Dabei wurden Fahrgäste durch Steinwürfe und Glassplitter mehr oder weniger stark verletzt. Auch die Mitführung von Polizeibeamten scheint wenig zu nützen, denn nur in wenigen Fällen gelang es, der Täter habhaft zu werden. Die schießenden Beamten gefährden höchstens noch Straßenpassanten. Vielfach fahren die Steinwerfer auf dem Fahrrad hinter der Bahn her und verschwinden eiligst; meist steht der Schutzpolizist auf der vorderen Plattform und ist in der Sicht- und Schußfreiheit nach hinten behindert.

Viel böses Blut machte ein Plakat der BVG,

das am Sonnabend noch angeschlagen wurde: „Wie zählt die BVG?“ Es handelt sich dabei um einen dreisten Versuch, das vielfach mit den Streikenden sympathisierende Publikum durch sehr anfechtbare Vergleichen von Stundenlöhnen der BVG-Angestellten mit den Löhnen in der Metallindustrie und bei der Reichspost gegen die BVG-Arbeiter einzunehmen und eine Arbeitergruppe gegen die andere auszuspielen. Soweit wir feststellen konnten, hat das Plakat jedoch eine ganz andere Wirkung, als beabsichtigt wurde, erreicht. Unter den diskutierenden Gruppen vor den Anschlagssäulen waren häufig unterrichtete Menschen, zum Teil BVG-Arbeiter selber, die die Umstehenden über den Täuschungsversuch aufklärten und ihnen mitteilten, was wirklich bei der BVG verdient wird. Natürlich sind nur Bruttolöhne angeschlagen, ohne irgendwelche Abzüge, und ferner Spitzenlöhne, sodaß bei dem Nichteingewöhnen ein völlig schiefes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen entstehen muß. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch ausführlicher zurück. Viele der Plakate wurden im Laufe der Nacht abgerissen.

Sympathieerklärung für den BVG-Streik!

In einer Belegschaftsversammlung der Wuppertaler Verkehrsarbeiter wurde am Sonnabend die Absendung eines Telegramms an Papen beschlossen, in dem die sofortige Zurücknahme aller Maßnahmen gegen die streikenden Berliner Verkehrsarbeiter verlangt wird. Die Wuppertaler Verkehrsarbeiter drohen im Falle der Nichtannahme ihrer Forderungen mit Ausdehnung des Streiks nach Westdeutschland!

Erfolg des Streiks bei der BVG!

Die Lohnverhandlungen der Berliner Gasbetriebsgesellschaft konnten unter dem Eindruck des BVG-Streiks mit vollem Erfolg für die Arbeiter abgeschlossen werden; sodaß der angekündigte Streik dort nicht zum Ausbruch kommt. Uebrigens ist die Gasbetriebsgesellschaft mit der Berliner städtischen „Gasag“ nicht identisch. Es handelt sich bei der Gasbetriebsgesellschaft um eine Privatfirma, die vor allem den südlichen Teil Berlins mit Gas versorgt. Die Tarife sind in den beiden Werken verschieden.

Auch von anderen Unternehmungen wird uns berichtet, daß der BVG-Streik großen Eindruck gemacht und die Neigung zu Lohnsenkungen ziemlich behoben hat, so unter anderem bei der „Bewag“, den Berliner Elektrizitätswerken AG.

Der Druck von unten.

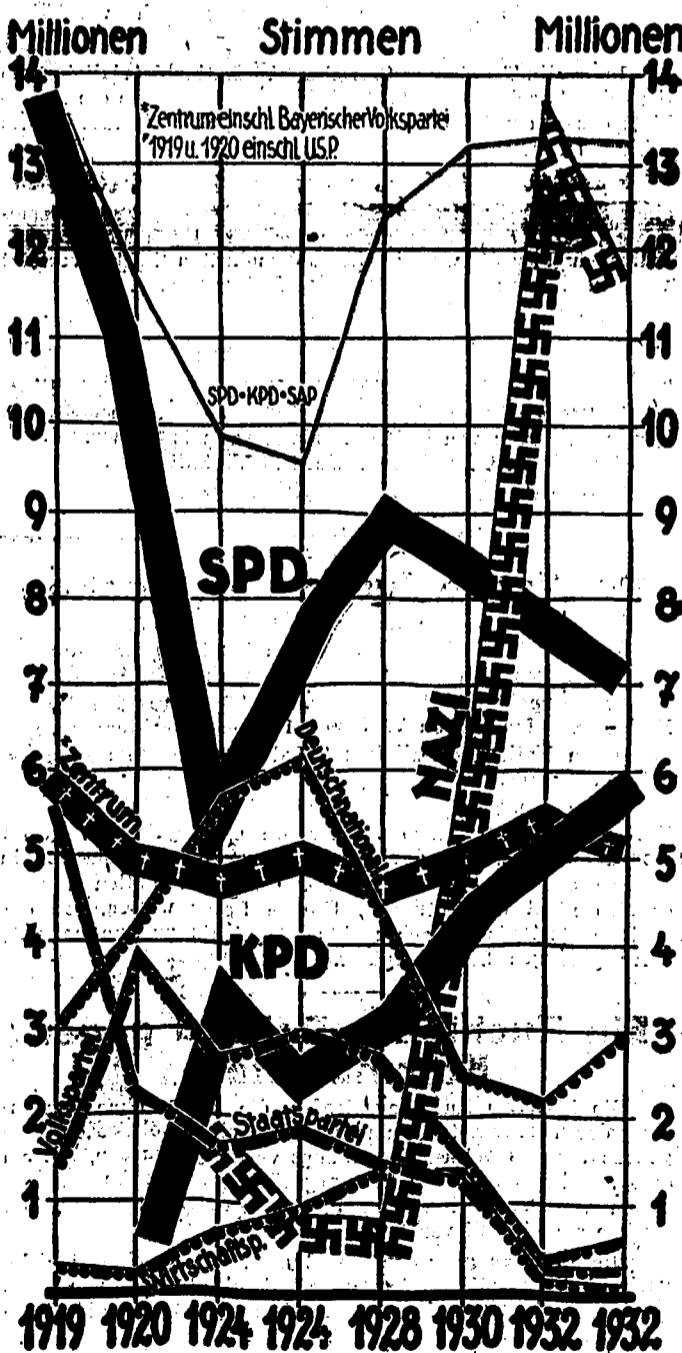
Die Einheitsfront ist für die Arbeiter kein Problem. Es gilt heute vor allem, die Führer der Arbeiterschaft zu nötigen, ohne alle Demagogie und Hinterhältigkeit an die Schaffung einer breiten und ehrlichen Einheitsfront heranzugehen. Man lasse sich nicht täuschen durch das zu erwartende Siegesgeschrei einiger kommunistischer Redakteure und Scheinpolitiker. Kein ernsthafter Politiker kann glauben, daß der Zuwachs der kommunistischen Wahlstimmen einen Zuwachs an realen Machtmitteln darstellt. Es ist ein Stimmungsbarometer, an dem man zunächst nur eine Depression ablesen kann. Freilich kann es auch bedeuten, daß Sturm im Anzuge

ist. Aber dieser hat nur dann einen Wert, wenn es nicht bei einem bloßen Staubaufwirbeln bleibt, sondern wenn er auch die reinigende Wirkung eines Gewitters mitbringt: den unerträglichen Druck zu beseitigen.

Sozialistische Aktion.

Die Verwandlung bloßer Unzufriedenheit in eine planmäßige sozialistische Aktion bleibt für vernünftige Politiker nach wie vor Ziel und Weg gegenwärtiger Politik. Unter diesem Gesichtspunkt hätte auch die Beteiligung an der Reichstagswahl schon vor sich gehen müssen. Eine einheitliche Arbeiterliste hätte, wie wir dies schon zu den Reichspräsidentenwahlen gefordert haben, eingereicht werden

Stimmenverhältnis der Parteien.



W—er. Der Ausgang des Stimmzettelsteckens am 6. November entspricht den Erwartungen, die an ihn gestellt wurden. Der Zuwachs der Kommunisten gerade in Berlin ist sicher zu einem großen Teil dem berechtigten Unwillen der Arbeiterschaft über die unglaublich liederliche und gemeine Behandlung des Verkehrsarbeiterstreiks durch die sozialdemokratische Presse entsprungen. Der weitere Verlust der Sozialdemokraten entspringt sicher der trostlosen Angstlichkeit und Unentschlossenheit, die die Sozialdemokratische Partei nach dem Leipziger Urteil an den Tag gelegt hat.

Daß die SPD überhaupt noch eine wesentliche Anzahl von Stimmen in Deutschland erhält, ist nur immer wieder ein Zeichen für die trostlose Lage innerhalb der deutschen Partei-Verhältnisse. Eine wirklich linke Klassenpolitik treibende, umfassende Arbeiterpartei gibt es heute in Deutschland nicht; die beiden großen Arbeiterparteien, die sich parlamentarisch um Zustimmung bemühen, leben bei der Werbung um diese Zustimmung immer eine von den Fehlern der andern.

Parlamentarische Möglichkeiten.

Da Papen den Reichstag schon ein paar Mal wie Luft behandelt hat, und da vor allem der Reichstag sich diese Behandlung durch die „grundsätzlich neue Staatsführung“ ruhig hat gefallen lassen, ist bei der unbekümmerten Lebensart des deutschen Reichskanzlers, der von der Vorstellung, ein großer Staatsmann zu sein, nicht abzubringen ist, anzunehmen, daß er mit diesem Reichstag nichts wesentlich anderes vor hat — es sei denn, daß sich dieser zu der papistischen Politik bekehrt.

Es mag sein, daß parlamentarische Kuhlhandeleien losgehen werden, um in diesem Reichstag eine sogenannte arbeitsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Wenn Zentrum und Nazis sich zusammensetzen, dann würde das theoretisch sogar möglich sein. Herr von Papen wird sich durch eine solche Mehrheit aber nicht einschüchtern lassen. Für die Arbeiterschaft hätte sie natürlich sowieso keinen Wert.

Grundsätzlich neue Staatsführung.

Für die Arbeiterschaft gibt es angesichts der ständig sich häufenden Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung, die noch wachsen wird, keinen anderen Weg, als den, den Herr von Papen uns gezeigt hat: den einer grundsätzlich neuen Staatsführung. Die grundsätzlich neue Staatsführung heißt hier selbstverständlich: die grundsätzliche Beseitigung der kapitalistischen und klerikalen Ausplünderung, die Beseitigung der Generalsdiktatur und der imperialistischen Bündnis- und Kriegspolitik. Kürzer gesagt: Aufbau des Sozialismus.

Um diese grundsätzlich neue Staatsführung in die Wege zu leiten, muß zunächst einmal die Arbeiterschaft einen grundsätzlich neuen Weg gehen: Sie muß die fürchterliche Zerrissenheit in ihren eigenen Reihen überwinden und durch eine Besinnung auf ihre eigentlichen Ziele wieder Boden gut machen, den sie gerade infolge ihrer Zerrissenheit an die Reaktion verloren hat. Ueber die Notwendigkeit dieser Einheitsfront dürfen wir uns durch keine Wahlrechnereien und redereien hinwegtäuschen lassen. Nach wie vor gilt als Maßstab revolutionärer Politik, wie weit sie der Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterschaft dient. Jede Aktion, die dies hintertreibt, ist konterrevolutionär. Die Erfahrung zeigt, daß es sich bei der Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht so sehr um das Problem handelt, die Kollegen und Genossen in den Betrieben und Stempelstellen von der Notwendigkeit der Einheitsfront zu überzeugen und sie in eine gemeinsame Front zu bringen. Gerade der Berliner Verkehrsstreik hat bewiesen, daß diese Einheitsfront da ist, eine Einheitsfront, in die sogar nationalsozialistische Arbeiter sich eingereiht haben, eine Einheitsfront, die keineswegs etwa wie der alberne „Vorwärts“-Berichterstatler seinen Lesern vorplapperte, nur ein Manöver war, das von kommunistischen oder nationalsozialistischen „Drahtziehern“ eingefädelt war, um Stimmen zu fangen. Die Leitung der beiden Parteien mag im Stillen damit gerechnet haben, durch die Beteiligung am Verkehrsarbeiterstreik am Sonntag Stimmen zu gewinnen — und die Rechnung hat sogar gestimmt; aber daß die Arbeiter sich zu diesem Streik zusammengetan haben, ist dadurch nicht entscheidend beeinflußt worden; denn man brauchte die Gruppen der Streikenden nur anzusehen, die durchaus nicht nur aus Kommunisten und Nationalsozialisten bestanden, sondern auch aus langjährigen und treuen Kollegen vom freigewerkschaftlichen Gesamtverband, um zu wissen, daß hier das Gerede von kommunistischer Drahtzielerei eine faule Ausrede reformistischer Gesinnungslosigkeit war.

müssen, wobei wir der sicheren Ueberzeugung sind, daß für eine solche Liste mehr Menschen gestimmt haben würden, als man heute aus der bloßen Addition von sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen errechnen kann. Ein großer Teil von Nichtwählern und von Wählern all der kleinen parlamentarischen Nebenläufer hätte sich diesem gesammelten Strom proletarischer Kraft angeschlossen. Denn es ist gerade die Verzweiflung über die Unfähigkeit der Führung der beiden großen Arbeiterparteien, die die Menschen andere Parteien oder gar nicht wählen läßt.

Wir wissen selbstverständlich, daß eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Deutschen Reichstag nicht genügt hätte, Herrn von Papen zum Rücktritt zu bewegen. Er hat sich selbst durch eine Mehrheit von 9 zu 1 nicht dazu bewegen lassen. Aber so lange er die Möglichkeit hat, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gegen einander auszuspielen, so lange sitzt er zusammen mit seinem hohen Freund und Gönner ziemlich ungestört im Sattel. Die parlamentarische Einheitsfront gegen ihn kann natürlich nur der Anfang sein zur Einheitsfront gegen das kapitalistische System — einer Einheitsfront zur Schaffung einer sozialistischen Republik, um die die deutsche Arbeiterschaft 1918 betrogen worden ist.

Stimmen zur Wahl. Aus dem Herrenklub.

In Kreisen der Reichsregierung herrscht Befriedigung. Das „gesunde Bürgertum“, so sagt man, habe die Nationalsozialisten wieder verlassen. Diese Stimmen, sowie die der Nichtwähler, glaubt man zu Gunsten der Regierung Papen buchen zu können. Als entscheidend für das Schicksal des neuen Reichstages sieht man in Regierungskreisen die Haltung an, die er zu den

Verfassungsplänen der Regierung

cinnahmen wird. Nebenher diskutiert man — offensichtlich mit geringerem Interesse — die Möglichkeit, daß im Reichstag eine arbeitsfähige Regierung zustandekommt.

Der geschlagene Sieger.

Hitler läßt durch seine Reichspressestelle verkünden: Die NSDAP habe ihre Feuerprobe glänzend bestanden. . . innere Festigkeit und Geschlossenheit der Bewegung . . . In einem ihr unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen aufgezungenen Kampf ist der Nachweis geführt worden, daß die treu zu Adolf Hitler stehenden Millionen deutscher Volksgenossen durch gar nichts mehr von ihrem felsenfesten Glauben an die nationalsozialistische Bewegung abzubringen sind. Nur ein verschwindender Prozentsatz von Konjunkturrittern . . .

(Zwei Millionen „Konjunkturritter“, gut 14 Prozent der Juliwähler!)

Der Wahlkampf habe somit, „statt den Nationalsozialismus zu treffen, nur den einen Erfolg, dem Bolschewismus in Deutschland zu einer Stärke verholfen zu haben wie nie zuvor“.

Hitler hat drei Aufrufe erlassen, die von der NSDAP, der SA und SS verlangt, sich in den kommenden Wochen ganz auf die Propaganda zu verlegen.

Von der Schwerindustrie.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: Einem Reichstag gegenüber, der zu einer positiven Mehrheitsbildung unfähig sei, stehe Herr von Papen als wirklicher Sieger im Wahlkampf da. Aber gerade, weil die Regierung dem Reichstag gegenüber freier sei als zuvor, solle sie den Versuch machen, wieder Fühlung zu finden,

nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Nationalsozialisten.

Würden diese beiden Gruppen sich zu einer Einheit zusammenfinden, so würde das auch den Kurs der Zentrums- politik beeinflussen können.

Vor neuen Wahlkämpfen.

Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ schreibt, Papen habe in einer privaten Unterhaltung mit der abermaligen Auflösung des Reichstages gedroht.

Das werde nur zu einer neuen Radikalisierung der Massen führen.

Die Einheitsfront der Nicht-Radikalen.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ schlägt vor, nach dem Rückgang des Radikalismus auf der Rechten und seiner Zunahme auf der Linken es nun einmal mit einem Zusammenschluß aller derer zu versuchen, die den Radikalismus „als nicht förderlich und nicht produktiv erkannt haben“.

Anscheinend aus ähnlichen Erwägungen heraus fordert der „Hamburger Anzeiger“, man solle den Kurs der heutigen Regierung durch eine Stillhaltekoalition untermauern. Sonst drohe ein Bündnis zwischen der NSDAP und der KPD. Selbstverständlich komme es darauf an, „die brauchbaren und staats-treuen Elemente der Radikalen unter selbstverständlicher Ablehnung jedes Führeranspruchs zur Mitarbeit heranzuziehen“.

Die französische Presse von links bis rechts stellt den deutschen Wahlen gegenüber vorläufig nur fest, daß wieder ein regierungsunfähiger Reichstag gewählt worden sei und daß demnach Papen-Schleicher voraussichtlich auch weiterhin mit Hilfe der Reichswehr am Ruder bleiben werden.

Stimmen aus England.

„Daily Herald“: Die hoffnungslosesten Wahlen, die Deutschland jemals gehabt hat. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Lage mit parlamentarischen Mitteln zu klären.

„Morningpost“: Es sei möglich, daß Deutschland der republikanischen Regierungsform so müde werde, daß es wieder zu dem alten Regierungssystem zurückkehren wolle.

Verbot einer SPD-Zeitung.

Das „Volksblatt“ in Halle an der Saale wurde auf Grund eines Artikels „Herr von Papen geht aufs Ganze“ verboten wegen „Beschimpfung des Reichkanzlers“. Papen will sich anscheinend nicht nachsagen lassen, daß er aufs Ganze geht. Der Artikel enthielt laut „Vorwärts“ sonst nur noch Tatsachemeldungen über neue Beamenschübe in Preußen. — Von Nationalsozialisten wurden am „Volksblatt“-Haus in Halle 40 Fensterscheiben eingeworfen.

Wahlergebnis im Reich.

Das amtliche vorläufige Wahlergebnis ist folgendes:

Parteien	Nov. 32						Juli 32		
	Nov. 32	Nov. 32	Nov. 32	Nov. 32	Nov. 32	Nov. 32	Juli 32	Juli 32	Juli 32
KPD	5 974	5 278	4 590	16,9	14,3	18,1			
SAP	45	72	—	0,1	0,2	—			
SPD	7 234	7 951	8 575	20,4	21,6	24,5			
Staats-Partei	338	371	1 322	1,0	1,0	3,8			
Zentrum	4 229	4 567	4 227	11,9	12,4	11,8			
Bayr. Volkspart.	1 082	1 190	1 059	3,1	3,0	3,0			
DNV	680	435	1 577	1,9	1,2	4,5			
NSDAP	11 714	13 733	6 380	33,0	37,2	18,3			
DNVP	3 063	2 178	2 458	8,6	5,0	7,0			
Chr. Soz. Vd.	413	365	868	1,2	1,0	2,5			
Wirtschafts-P.	110	146	1 362	0,3	0,4	3,9			
Landvolk		91	1 108		0,2	3,2			
Landbund	195	97	194		0,2	0,6			
Dt. Bauern		137	339		0,4	1,0			
Dt.-Hannover	61	47	167		0,1	0,5			
Volksp.	46	41	271		0,1	0,8			
Rad. Mittelstand	—	87	—		0,2	—			
Splitter	169	122	—		0,4	0,3			
Endergebnis	35 402	36 845	34 956						

Wahlbeteiligung Nov. 1932: 79,7 Prozent
Juli 1932: 83,2 Prozent

Verteilung der Mandate.

Insgesamt ergeben sich für den neuen Reichstag 582 Mandate. Sie verteilen sich wie folgt (in Klammern die Zahlen für den aufgelösten Reichstag):

KP	100	(89)
SP	121	(133)
St.	2	(4)
Ztr.	69	(76)
BVP	19	(21)
DVP	11	(7)
NS	195	(230)
DN	51	(37)
Chr.	5	(4)
WIP	2	(1)
Ldv.	1	(1)
Ldbd.	3	(2)
Dt. B.	1	(2)
D.-Hann.	1	(2)
Volkskons.	—	(—)
Splitter	3	(—)
	582	(607)

Terror vor der Wahl.

In Berlin überfielen Freitag nacht SA-Banden ein „Reichsbanner“-Verkehrslokal in der Stralauer Straße. Es handelte sich um einen planmäßigen Ueberfall. Die Nazis rückten im Lastauto an, zerschlugen die ganze Inneneinrichtung des Lokals und die Fensterscheiben und verletzten vier der sich heftig zur Wehr setzenden, aber in der Minderzahl befindlichen „Reichsbanner“-Leute. Das Ueberfallkommando kam zu spät.

Nach der Sportpalastkundgebung der SP in Berlin am Freitag abend wurden verschiedene SP-Mitglieder von Nazis angefallen. Einige der Täter konnten festgenommen werden.

In Röntgental bei Berlin schossen NS auf heimkehrende „Reichsbanner“-Leute. Es wurde niemand getroffen, die Täter entkamen.

Versuchte Erstürmung der Geschäftsstelle des Arbeiter-Radio-Bundes. Am Freitag abend versuchten zwei Nazi-Trupps die Bundesgeschäftsstelle des Arbeiter-Radio-Bundes in der Gitschiner Straße in Berlin zu erstürmen. Sie begannen mit Steinen die Fenster und Türen einzuwerfen. Durch sofortiges Herablassen der Rollläden und Alarmierung des Ueberfallkommandos konnte jedoch die Erstürmung noch verhindert werden.

In Berlin-Treptow überfielen 75 Nationalsozialisten am Sonnabend nachmittags 10 „Reichsbanner“-Leute, die ein Extrablatt des „Vorwärts“ verteilten. Zwei „Reichsbanner“-Leute erhielten erhebliche Kopfverletzungen.

In Spandau kam es in der Nacht zum Sonntag zu einer minder Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei der ein Angehöriger der SPD durch Messerstücke schwer und zwei weitere Sozialdemokraten leicht verletzt wurden. Einige Beteiligte wurden festgenommen.

Im Norden Berlins wurden in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in der Oderberger Straße zwei Angehörige des „Reichsbanners“ von Nationalsozialisten am Kopfe verletzt.

In Bremen kam es in der Nacht zum Sonntag zu mehreren Zusammenstoßen von Nationalsozialisten mit Kommunisten, wobei wiederholt geschossen wurde. Verhaftungen wurden vorgenommen.

Politische Justiz der Woche.

In der vergangenen Woche (30. Oktober bis 5. November) wurden, soweit uns bekanntgeworden ist, insgesamt folgende Strafen wegen politischer Vergehen verhängt:

Gegen politisch Linksstehende: 86 Jahre 2 1/2 Monate Freiheitsstrafen, davon 79 Jahre 1 Monat Zuchthaus;

gegen Nationalsozialisten: 2 Jahre 4 Monate Gefängnis, kein Zuchthaus.

Unter den Strafen gegen Links sind 36 Jahre 4 Monate Zuchthaus und 2 Jahre 7 1/2 Monate Gefängnis, die gegen Kommunisten wegen der Erschießung eines SA-Mannes in Itzehoe verhängt wurden. Bei den übrigen Fällen handelt es sich nicht um Tötungen. Unsere Leser wissen, daß die geringe Bestrafung nach rechts hin nichts zu tun hat mit einer geringen Straffälligkeit.

Ein Zuchthaus-Rekord gegen Kommunisten.

Die höchsten Zuchthausstrafen, die bisher ohne Anwendung der Terror-Notverordnung wegen eines politischen Vergehens unseres Wissens überhaupt verhängt wurden, hat am Sonnabend das Altonaer Schwurgericht gegen zehn Kommunisten wegen der Erschießung des SA-Mannes Köllin in Itzehoe am 31. Juli verhängt.

Die Anklage ging dahin, daß zwei Häuserschutzstaffeln, vorher bei einem Angriff auf eine Hakenkreuzfahne von Nazis beschossen, in einem Kornfeld Nazis aufgelauret und sie beschossen hätten.

Das Urteil: sechs Zuchthausstrafen von insgesamt 36 Jahren 4 Monaten (Höchststrafe 12 Jahre 2 Monate); dazu vier Gefängnisstrafen von insgesamt 2 Jahren 7 1/2 Monaten.

Man muß dieses Urteil vergleichen mit dem gegen die besonders niederträchtigen Mörder des schlesischen Kommunisten Bassy, der im Februar in seiner Wohnung von Nazis zunächst durch die Tür hindurch angeschossen und dann totgeschlagen worden war. Wegen dieses Mordes wurden insgesamt acht Nazis zu Gefängnisstrafen verurteilt: Höchststrafe drei Jahre drei Monate Gefängnis. Und um ein Urteil aus der Zeit der Sonderjustiz heranzuziehen: das Urteil gegen die Mörder der beiden Kommunisten von Siemensstadt (am 13. Juli); hier wurde gegen die gesamte Gruppe von Nazis, aus der heraus der Schütze geschossen hatte und dann fortgelaufen war, eine Anklage wegen Landfriedensbruchs oder Bei-

hilfe nicht eröffnet. In dem Falle von Itzehoe aber wurden wegen Beihilfe zum versuchten Totschlag Strafen bis zu fünf Jahren Zuchthaus verhängt.

Ein ungeheuer scharfes Urteil gegen kommunistische Arbeiter hat vor einigen Tagen die Große Strafkammer verhängt: wegen schweren Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Waffengesetz, begangen in der Nacht zum 18. Juni, erhielt der 88jährige Arbeiter zwei Jahre neun Monate Zuchthaus (1); der 28jährige Arbeiter zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus (1); zwei weitere Arbeiter erhielten je ein Jahr Gefängnis.

Man muß beachten, daß hier nicht die Terror-Notverordnung in Anwendung gekommen ist, und daß die Durchschnittsrate für einen nationalsozialistischen Mord in den letzten Monaten einige Jahre (4—5) Gefängnis betrug. In dem Fall von Mainz aber ist niemand getötet worden.

Ein niedergeschlagener Nazi-Angriff.

Am 10. Juli, einem der wüstesten Bürgerkriegs-Sonntage der SA (Obland), hatten in Neustadt a. d. Haardt (Pfalz) SA versucht, ein „Reichsbanner“-Lokal zu stürmen. Das Resultat waren mehrere schwere Schußverletzte auf Seiten der Nazis.

Zwei von den Nazis als Schützen bezeichnete „Reichsbanner“-Leute kamen daraufhin vor Gericht. Der Fall wurde als ein planmäßiger Ueberfall des „Reichsbanners“ auf die Nazi dargestellt. Selbst der Staatsanwalt (beim Schwurgericht in Frankenthal) überzeugte sich jedoch davon, daß ein Angriff der Nazis vorlag, und beantragte Freispruch des einen Angeklagten. Das Gericht aber sprach vor einigen Tagen beide frei.

Damit ist auch die nationalsozialistische Hetzkampagne, die sich an den Vorfälle angeschlossen hatte, auf ihre Ueber zurückgefallen.

Der 57. Deutsche Gastwirtstag hat beschlossen, die Aufhebung der Bestimmung im Gaststättengesetz zu fordern, wonach die Erlaubnis zum Betriebe einer Schankwirtschaft nicht erteilt werden kann, wenn zu befürchten ist, daß der Anstellende die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten nicht einhalten wird. Die organisierten Gastwirte finden anscheinend nichts Besonderes darin, wenn jemand die Arbeiterschutzbestimmungen mißachtet.

Die Wahlen in Berlin.

Bezirksamt	KPD	SPD	SAP	Staatspartei	Zentrum	DVP	Christl. Soz.-Vd. Partei	Wirtsch.-Landvolk	Deutsches Landvolk	DNVP	NSDAP
1. Berlin-Mitte:											
Reichst.-W. Nov. 32	58 008	37 226	—	2 026	7 556	954	—	—	—	16 369	43 331
Reichst.-W. Juli 32	49 688	42 594	—	2 147	8 532	666	532	307	—	11 810	46 186
Reichstagswahl 30	52 872	45 123	—	9 350	6 998	5096	1347	4128	88	23 425	26 359
2. Tiergarten:											
Reichst.-W. Nov. 32	45 549	36 408	—	2 807	9 955	1833	—	—	—	22 694	43 368
Reichst.-W. Juli 32	32 230	39 647	209	2 681	10 350	1113	711	249	55	15 916	46 669
Reichstagswahl 30	39 917	42 280	—	11 143	8 236	6029	1672	3536	99	27 102	28 305
3. Wedding:											
Reichst.-W. Nov. 32	105 563	52 528	—	1 718	7 099	673	—	—	—	13 482	40 316
Reichst.-W. Juli 32	91 845	59 983	344	1 932	7 288	507	826	386	36	10 069	41 692
Reichstagswahl 30	99 223	61 642	—	6 881	6 251	3699	2104	4833	51	20 015	20 758
4. Prenzlauer Berg:											
Reichst.-W. Nov. 32	76 412	55 201	—	2 148	7 573	890	—	—	—	16 593	45 835
Reichst.-W. Juli 32	63 255	61 217	323	2 200	7 833	621	539	355	47	12 172	46 767
Reichstagswahl 30	67 098	66 024	—	8 659	6 957	3483	1389	4544	23	23 670	24 906
5. Friedrichshain:											
Reichst.-W. Nov. 32	87 355	48 238	—	1 553	7 855	601	—	—	—	11 939	40 339
Reichst.-W. Juli 32	74 267	51 156	329	1 588	8 312	480	697	330	34	9 920	41 613
Reichstagswahl 30	80 178	59 902	—	6 778	7 446	3183	1732	4900	37	19 648	24 461
6. Kreuzberg:											
Reichst.-W. Nov. 32	79 087	55 654	—	2 312	9 552	1508	—	—	—	23 221	51 355
Reichst.-W. Juli 32	66 052	62 318	313	2 552	10 301	936	817	433	33	15 898	57 881
Reichstagswahl 30	70 400	69 111	—	10 110	8 769	6086	2134	5192	95	31 486	33 758
7. Charlottenburg:											
Reichst.-W. Nov. 32	49 269	49 231	—	4 775	12 459	3699	—	—	—	31 802	64 448
Reichst.-W. Juli 32	39 011	52 218	211	4 831	13 482	2102	83	382	913	20 616	66 528
Reichstagswahl 30	39 012	52 617	—	18 995	9 132	1822	2510	4567	132	31 803	39 739
8. Spandau:											
Reichst.-W. Nov. 32	20 529	22 766	—	716	3 895	1828	—	—	—	8 381	29 242
Reichst.-W. Juli 32	18 663	26 682	61	952	4 261	1261	661	358	19	6 113	31 915
Reichstagswahl 30	16 132	26 562	—	3 026	3 131	1651	1529	2535	101	10 377	12 283
9. Wilmersdorf:											
Reichst.-W. Nov. 32	15 971	29 487	—	4 281	8 328	3348	—	—	—	27 468	37 588
Reichst.-W. Juli 32	11 699	29 010	133	3 978	9 256	1904	373	178	7	17 282	40 081
Reichstagswahl 30	11 071	26 053	—	1 181	5 054	9009	898	2059	125	23 419	22 124
10. Zehlendorf:											
Reichst.-W. Nov. 32	4 374	7 774	—	1 163	2 490	2008	—	—	—	11 246	12 397
Reichst.-W. Juli 32	3 383	8 181	35	1 260	2 967	1215	155	69	—	7 735	14 531
Reichstagswahl 30	2 593	6 900	—	3 111	1 407	4113	324	685	107	7 429	6 207
11. Schöneberg:											
Reichst.-W. Nov. 32	26 816	32 594	—	3 265	7 820	2622	—	—	—	26 488	47 184
Reichst.-W. Juli 32	21 011	31 258	117	3 282	8 519	1540	435	182	24	18 029	48 608
Reichstagswahl 30	21 991	35 028	—	12 315	5 967	7856	1369	3177	109	27 124	29 322
12. Steglitz:											
Reichst.-W. Nov. 32	19 087	21 162	—	2 559	6 233	4095	—	—	—	29 021	47 776
Reichst.-W. Juli 32	14 745	22 879	99	2 861	6 546	2517	712	220	13	18 691	51 604
Reichstagswahl 30	14 165	22 511	—	8 511	4 281	11540	1460	3132	163	21 289	28 013
13. Tempelhof:											
Reichst.-W. Nov. 32	15 522	17 096	—	1 344	4 190	1034	—	—	—	10 660	22 056
Reichst.-W. Juli 32	11 923	19 000	229	1 573	4 075	647	406	138	13	7 251	23 202
Reichstagswahl 30	10 915	17 097	—	4 354	2 871	2607	826	1320	105	9 728	9 435
14. Neukölln:											
Reichst.-W. Nov. 32	82 188	54 654	—	2 075	6 323	1019	—	—	—	13 758	46 325
Reichst.-W. Juli 32	66 898	59 991	418	2 005	6 291	818	821	489	31	9 589	46 551
Reichstagswahl 30	70 344	65 783	—	6 798	4 995	4862	2196	4472	122	17 580	22 342
15. Treptow:											
Reichst.-W. Nov. 32	18 105	16 603	—	994	2 251	608	—	—	—	6 595	16 591
Reichst.-W. Juli 32	21 705	23 414	130	1 358	3 538	577	430	208	11	5 518	22 007
Reichstagswahl 30	21 791	22 116	—	3 435	2 509	2533	881	2102	52	9 010	9 338
16. Cöpenick:											
Reichst.-W. Nov. 32	16 986	13 056	—	659	1 680	580	—	—	—	7 036	17 100
Reichst.-W. Juli 32	18 300	18 815	147	925	2 086	542	342	258	17	6 404	21 044
Reichstagswahl 30	15 211	14 674	—	2 456	1 305	2198	702	3267	31	7 297	7 875
17. Lichtenberg:											
Reichst.-W. Nov. 32	54 754	38 052	—	1 561	6 289	968	—	—	—	12 516	37 089
Reichst.-W. Juli 32	45 802	43 170	187	1 579	6 561	716	864	428	26	9 128	38 387
Reichstagswahl 30	45 560	42 011	—	5 167	5 147	3294	1952	3969	83	14 705	20 017
18. Weißensee:											
Reichst.-W. Nov. 32	18 467	9 613	—	396	2 049	305	—	—	—	3 861	13 584
Reichst.-W. Juli 32	14 911	11 498	70	416	2 163	226	239	123	—	2 719	13 788
Reichstagswahl 30	14 185	10 958	—	1 357	1 680	1231	533	1468	47	5 245	6 171
19. Pankow:											
Reichst.-W. Nov. 32	24 555	20 926	—	1 265	3 223	848	—	—	—	10 713	26 598
Reichst.-W. Juli 32	21 171	23 687	—	1 256	3 387	577	436	282	16	7 212	27 382
Reichstagswahl 30	18 144	21 799	—	3 942	2 225	2351	850	2439	130	12 194	11 773
20. Reinickendorf:											
Reichst.-W. Nov. 32	34 234	23 343	—	1 150	4 449	1034	—	—	—	8 630	27 481
Reichst.-W. Juli 32	29 683	28 016	192	1 338	4 727	685	569	317	9	6 071	29 223
Reichstagswahl 30	28 103	26 837	—	4 055	3 610	3466	1114	2902	89	8 731	12 802

In Cork (Südirland) kam es bei einer Versammlung der Cosgrave-Partei zu schweren Schlägereien zwischen Versammlungsteilnehmern und der Polizei einerseits und Anhängern DeValeras, die die Versammlung zu sprengen versuchten, andererseits. Eine Reihe der Angreifer wurde schließlich von der Polizei verhaftet, etwa 15 Personen wurden verletzt.

An der portugiesischen Küste stießen zwei Schoner so schwer zusammen, daß einer von ihnen in wenigen Minuten sank. Von der 25 Mann starken Besatzung konnten nur 13 Menschen gerettet werden, 10 ertranken.

Die Lagerschuppen einer Marineflugzeugwerft in der Nähe von Paris wurden von einem Riesenbrand völlig vernichtet. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die in der Nähe liegenden Werkstätten vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Der Sachschaden beträgt etwa 10 Millionen Francs (rund 1,6 Millionen Mark).

Der Kommandant der kürzlich gesunkenen „Prométhée“, der wegen Verlustes dieses U-Bootes vor das Kriegsgericht in Cherbourg gestellt worden ist, wurde freigesprochen. Die Gerichtsvorhandlung hatte ergeben, daß der Kommandant die technischen Einrichtungen des Bootes nicht gekannt hatte!

Mussolini gibt Amnestie.

Der italienische Ministerrat hat am Sonnabend unter dem Vorsitz Mussolinis einen Amnestie- und Gnadenersatz für politische Vergehen angenommen. Der Erlass, der im genauen Wortlaut noch nicht bekannt ist und noch der Unterschrift des Königs bedarf, soll sehr weitgehend sein und selbst ausgesprochen antifaschistische „Vergehen“ betreffen. Er enthält andererseits Einschränkungen gegenüber rückfälligen oder sich verborgen haltenden Verbrechern, die sicher ebenfalls weit genug gefaßt sind, um jeden unschädlich zu machen, der Mussolini nicht paßt.

In der Reihe der tschechoslowakischen Hochverratsprozesse in Brünn ist wieder ein Urteil gesprochen. Zehn Mitglieder der sudetendeutschen Organisation „Jungsturm“ wurden zu schweren Kerkerstrafen von 1 bis 1 1/2 Jahr verurteilt, soweit sie nicht als Jugendliche bloße Haftstrafen erhielten.

In Schweden gibt es einen Verband alkoholenhaltiger Kraftfahrer, der über 8000 Mitglieder zählt. Er hat eine eigene Zeitschrift, einen Werbefilm und gründet jetzt eine Versicherungsgesellschaft.

De Valera zahlt nicht.

Der irische Ministerpräsident de Valera wird demnächst im irischen Parlament ein Gesetz einbringen, das der Regierung gestattet, die vorläufig auf ein Zwischenkonto eingezahlten Beträge, die Irland der englischen Regierung für die Landentschädigungen schuldet, für ein irisches Landwirtschaftsprogramm zu verwenden. Das bedeutet, daß de Valera nicht die Absicht hat, sich mit England auf ein Kompromiß zu einigen.

„Sensationelle“ Entdeckung.

Die Presse bringt groß aufgemachte Berichte über die „sensationelle“ Entdeckung, die das Londoner Polizeigericht mit der Auffindung eines Briefes gemacht hat, aus dem hervorgeht, daß die englische Arbeitslosenbewegung Anweisungen aus Rußland erhält. Als ob irgend jemand ein Geheimnis daraus machte, daß die Arbeitslosen-Bewegung unter kommunistischer Führung steht und daß die Kommunisten von ihrer Leitung in Rußland Anweisungen erhalten!

Die englischen Hungerdemonstranten haben London wieder verlassen; die Eisenbahngesellschaften haben dafür ermäßigte Fahrpreise gewährt, die von der organisatorischen Leitung der Demonstration aufgebracht worden sind. Die Tatsache, daß gerade in diesen Tagen das englische Unterhaus ausführlich zur Arbeitslosenfrage Stellung nimmt, wird in London als ein Ergebnis des Hungermarsches angesehen.

Die Streiklage in Lancashire.

Nach Meldungen aus London hat die Abstimmung unter den Mitgliedern der Spinnergewerkschaft nicht die offiziell erforderlichen 80 Prozent für Fortsetzung des Streiks gegeben. In Unternehmerkreisen hofft man daraufhin, daß die Spinner das Lohnabkommen mit seinen 14 Prozent Lohnkürzung annehmen werden.

Die englischen Gewerkschaften für Abrüstung

Am Donnerstag empfingen MacDonald und Simon eine Abordnung der englischen Freien Gewerkschaften, die sich darüber beklagte, daß ihre Abrüstungsforderungen, z. B. die Annahme des Hoover-Plans, die Einführung einer scharfen Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels und eine Einhaltung der Abrüstungsversprechungen, die im Versailler Vertrag gegeben seien, nicht erfüllt worden seien. Die Stellung der deutschen Gewerkschaften, die sich entschieden gegen jede Wiederaufrüstung Deutschlands einsetzen, werde zweifellos durch das Wachsen des nationalen Gefühls in Deutschland und durch das Unvermögen anderer Regierungen, Deutschland davon zu überzeugen, daß sie es wirklich ernst mit der Abrüstung meinten, äußerst erschwert.

Mit einigen ausweichenden Bemerkungen verabschiedeten die Minister die Delegation.

Labour Party gegen Indien-Konferenz.

Die dritte englisch-indische Konferenz am Runden Tisch wird am 15. November in London unter dem Vorsitz von MacDonald eröffnet werden. Die drei wichtigsten englischen Parteien sind zur Entsendung von Vertretern eingeladen worden. Die Labour Party hat sich jedoch geweigert, diese Einladung Folge zu leisten, da sie sich von dem Erfolg der Konferenz wenig verspricht. Da auch auf Seiten der indischen Delegation wenig Optimismus herrscht, wird die ablehnende Haltung der Labour Party auch von der Gruppe von Liberalen, die in Opposition zur Regierung stehen, scharf kritisiert.

Gandhi droht mit einem neuen Hungerstreik.

der sich dieses Mal gegen die oberen Kasten der Hindus richten wird. Die den Parias zugesagte Gleichberechtigung, vor allem in der Ausübung des religiösen Ritus, wird ihnen noch weitgehend vorbehalten. Nur wenige Tempel sind ihnen bisher geöffnet worden. Wenn das bis zum Neujahrstag nicht anders geworden ist, wird Gandhi wieder in den Hungerstreik treten.

Der polnische Sejm ist auf einen Monat vortagt worden. Dadurch wird die Ratifizierung des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes, die in einigen Tagen erfolgen sollte, um mehrere Wochen verschoben werden. — Nach dem Rücktritt Zaleskis als Außenminister sind sowohl unter den Beamten des Außenministeriums als auch unter den diplomatischen Vertretern Polens im Ausland bedeutende Verschiebungen vorgenommen worden.

Die Kommunistische Partei Dänemarks wird bei den bevorstehenden Wahlen zum ersten Mal selbständig Kandidaten aufstellen.

Das vergossene und das zu vergießende Blut.

Béronger, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, hielt im Rundfunk eine Rede, in der er sagte, Kriegsschulden und Kriegsrüstungen, d. h. die Zahlungen wegen des vergossenen und noch zu vergießenden Blutes, verhindern die Gesundung der Welt. Der vorige Krieg habe 1000 Milliarden Franken gekostet, die Vorbereitungen für den nächsten bereits 150 Milliarden.

Die Beraubung der Lohntüten.

F. G. Die Nummer 45 der „Gewerkschafts-Zeitung“ bringt eine Uebersicht über die Senkung der Löhne seit Dezember 1930. Danach wurden die Tariflöhne im Durchschnitt aller Berufe (männliche Arbeiter) um 24 Pfennig, das sind 22,2 Prozent, gekürzt, und zwar wie folgt:

Durchschnittlicher Tarif-Stundenlohn in Pfennigen:	Dez. 1930	Dez. 1931	Jan. 1932	Juni 1932
	108,0	99,8	89,1	84,0

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ schreibt dazu:

„Wenn der Wegfall der übertariflichen Arbeitsverdienste mitberücksichtigt wird, der sich um Durchschnitt etwa auf 6 Prozent schätzen läßt, ergibt sich eine Verminderung des effektiven Stundenlohnes um mehr als 28 Prozent.“

Freilich sind inzwischen auch die Lebenshaltungskosten zurückgegangen. Der Lebenskostenindex war Ende 1930 141,6 und ist im Juni auf 121,4 gesunken. Er ist um rund 14 Prozent gefallen. Der amtliche Lebenshaltungskostenindex läßt aber die Last der Steuern und Versicherungsbeiträge außer Betracht, die in den letzten Jahren fühlbar gestiegen sind. Mit dieser Korrektur steht der durchschnittlichen Lohnkürzung von mehr als 28 Prozent eine Senkung der Lebenskosten von etwa 12 Prozent gegenüber. Der reale Stundenlohn ist also von Ende 1930 bis Mitte 1932 im Durchschnitt um 18 Prozent gesunken!“

Herriot zur französischen Außenpolitik.

Noch einmal Rechenschaft vor der Partei.

Am Sonnabend nahm Herriot auf dem radikalsozialistischen Parteitag in Toulouse noch einmal ausführlich Stellung zur französischen Außenpolitik, vor allem in der Wehrfrage.

Frankreich und Italien.

Mit Nachdruck trat Herriot für eine Entspannung der französisch-italienischen Beziehungen ein. Man könne in Frankreich zu dem „innerpolitischen Regime“ Italiens stehen, wie man wolle, aber nichts wäre peinlicher, als wenn man es zu außenpolitischen Streitigkeiten kommen ließe. — Wir müssen den Mut aufbringen, einmal festzustellen, daß wir gegenüber Italien moralisch nicht immer richtig gehandelt haben. Auf Grund verschiedener Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gab es eine Reihe von Unvorsichtigkeiten, die man gegenüber einem großen Volke nicht das Recht hat, zu begehen.

Was die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung betrifft,

so wiederholte Herriot sein altes Argument, er habe diese Forderung nicht von vornherein ablehnend behandelt, sondern sich nur um des Völkerbunds willen gegen eine Besprechung zu Zweien, Dreien oder Vieren verwahrt.

In Schlamm und Blut,

Man habe Frankreich des Imperialismus angeklagt. „Unser Land ein militaristisches Land?“

Fragen Sie die Arbeiter und Bauern, ob sie Lust haben, in den Schlamm und das Blut zurückzukehren!

Frankreich steht hoch über diesen Anschuldigungen, es bietet den Frieden an und hat keine anderen Ziele, als seine Kinder in diesem Frieden der Arbeit und der Freiheit zu erziehen.“

Im Anschluß an diese Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung eine Entschliebung an, in der von der Abrüstungskonferenz Ergebnisse gefordert wurden:

1. in der Herabsetzung der Rüstungen,
2. in der internationalen Organisation der Rüstungen,
3. in dem Verbot der privaten Waffenfabrikation,
4. in der internationalen Kontrolle der übrigen Waffenfabrikation.

Herriot setzte es durch, daß nicht die vollständige Abschaffung der für Deutschland verbotenen Waffen gefordert wurde.

Zweiterlei ist an Herriots Rede vor allem bemerkenswert:

seine Haltung zu Italien und sein Urteil über den Krieg.

Der Pariser Korrespondent einer Schweizer Zeitung schrieb vor gut einer Woche: „Frankreich wird sich nicht isolieren lassen, wie es die Diplomatie der Wilhelmstraße plant. Abrüstungskonferenz und Gleichberechtigung finden es gewappnet.“

Auf dem europäischen Festland droht für Frankreich die Gefahr der Isolierung durch die feindselige Haltung, die Italien ihm gegenüber einnimmt, und durch die Ansätze zu einer antifranzösischen Verständigung zwischen Deutschland und Italien. Herriot hat diese Gefahr im Auge und wird ihr entgegenzutreten — wobei sich dann erweisen wird, wie weit Mussolini an der deutschen Gleichberechtigung interessiert war und wie weit nur an einer Bereinigung der Kolonial- und Mittelmeerfragen.

Noch wichtiger ist der zweite Punkt, die Worte, die Herriot gegen den Militarismus gefunden hat. Man kann sagen: Worte sind billig; Herriot hat in dem ganzen Streit um die Wehrfrage bisher an keiner Stelle die Initiative ergriffen, um dem drohenden Wettstreit einen Riegel vorzuschleichen. Das ist richtig! Der Kampf um die neuen französischen Rüstungspläne hat zu dem gezeigt, daß auch in Frankreich die Generale in der Wehrfrage entscheidenden Einfluß haben.

Aber all das ändert nichts an der Tatsache, daß, verglichen mit dem in Deutschland herrschenden nationalistischen Ton, die Worte Herriots eine ungeheure Bedeutung haben.

In Deutschland wird der Hochschullehrer Gumbel von der Universität verjagt, weil er die Kriegszeit durch eine

Kohlrübe charakterisiert; der französische Ministerpräsident vertritt öffentlich den Standpunkt, daß Kriegsführen ein Waten in Schlamm und Blut ist.

Es ist gewiß nicht Herriots persönlicher Mut, der in diesem Gegensatz zum Ausdruck kommt. Denn in Frankreich — und zwar von der Linken bis hinein ins mittlere Bürgertum — ist dieser Ton dem Krieg gegenüber nichts Seltenes. Aber gerade das ist wichtig: Ein Volk, wie das französische, das sich nicht wieder in den Schlamm und das Blut eines Krieges hineintreiben lassen will, ist den nationalistischen Kriegstreibern nicht so wohlrosig ausgeliefert wie ein anderes, das vom Weltkrieg noch spricht als von einem vierjährigen „Standhalten gegenüber einer Welt von Feinden“.

Herriot in Spanien.

H. P. Madrid, 1. November 1932.

Ueber den Grund des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Herriot in Spanien konnte man verschiedene Mutmaßungen in der ausländischen Presse hören. Die einen wollten wissen, daß Herriot mit Azaña an der Aufstellung eines internationalen Heeres arbeite, das sich dann dem Völkerbund als Machtinstrument anbieten solle, die anderen schlossen aus den Gegensätzen zwischen Frankreich und Italien und den daraus möglichen kriegerischen Verwicklungen, daß Frankreich in Spanien einen Bundesgenossen suche, der zwar nicht aktiv eingreifen dürfe, aber den Durchzug marokkanischer Truppen über Gibraltar erlauben solle. Die balearischen Inseln sollten ebenfalls als Machtstützpunkt eine Rolle spielen.

Die Annahme, daß ein solcher Plan besteht, hat sicherlich objektive Grundlagen; denn die Gegensätze zwischen Italien und Frankreich sind erheblich, Frankreichs Verbindung mit dem afrikanischen Besitz auf dem direkten Seewege ist bedroht im Falle eines Krieges mit Italien, und schließlich bietet die offenkundige Feindseligkeit, die die heute herrschenden Politiker in Spanien dem Mussolini-Italien entgegenbringen, einen günstigen Boden für die Anbahnung einer intimeren Freundschaft zwischen den beiden Republiken. Das neue Spanien hat längst eine eindeutige Schwenkung nach Frankreich hin vollzogen, in dem es heute den Hort der Demokratie zu finden wähnt.

Militärdiktatur in Japan. „Kaiserlicher Sozialismus.“

Wie stark zur Zeit in Japan die Herrschaft der Militärselbst über die tonangebenden japanischen Wirtschaftsführer ist, zeigt ein Bericht, den die „United Press“ im Oktober veröffentlicht hat.

Nach diesem Bericht sind im Budget für das kommende Jahr Rüstungsausgaben von bisher unerreichter Höhe vorgesehen, die zum Teil den mandchurischen Kämpfen, zum Teil einer Reform des Heeres dienen sollen. Da die Heeresleitung der Ansicht ist, daß die Gesamtbevölkerung eine neue Belastung der vorgesehenen Höhe nicht mehr ertragen kann, verlangt sie Steuererhöhungen, von denen nur die reichsten Kreise betroffen werden sollen. Die Anleihe für den mandchurischen Staat, die ebenfalls im Interesse der militärischen Führer Japans liegt, soll bereits — nicht gerade freiwillig — von zwei großen Finanzkonzernen übernommen worden sein. Jeder von ihnen hat 10 Millionen Yen (fast ebenso viel Mark) gezeichnet.

Die nationalistischen Elemente des japanischen Heeres fordern überhaupt, unter dem Schlagwort „Kaiserlicher Sozialismus“, eine neue Wirtschaftsordnung, durch die es dem Staat — gemeint ist: dem Heer — ermöglicht werden soll, widerstandslos das Privatkapital für seine Zwecke einzusetzen. Die Wirtschaftsführer tragen der Machtstellung des Militärs Rechnung: Eine Reihe großer Finanzkonzerne haben bedeutende Summen zur Unterstützung der notleidenden Bauern bereitgestellt — der Gesellschaftsschicht, aus der die meisten Offiziere des Heeres stammen. Andere Unternehmungen haben

Auf keinen Fall aber sind die Dinge schon so weit gediehen, wie manche Gerüchte zu glauben meinen. (Daß Herriot sich Italien gegenüber zum mindestens nicht allein auf Spanien stützt, sondern, daß er von sich aus versucht, die Beziehungen zu Italien zu bessern, zeigt seine Rede in Toulouse, über die wir in dieser Nummer berichten.) Wenn ein solcher Plan besteht, dann ist Herriots Besuch der Anfang, aber ein Anfang, der für später viel verspricht. Da das spanische Volk einen ausgesprochenen Abscheu vor dem Kriege hat — über die Gründe dieses Abscheus kann man verschiedener Meinung sein — so muß im spanischen Volk zuerst ein festes Freundschaftsband begründet werden, damit im Falle der Gefahr für den französischen Freund die Maßnahmen der militärischen Leitung verstanden und gebilligt werden. Wer würde den Freund im Stiche lassen?

Die Haltung Herriots und die Art, wie der Besuch aufgegriffen wurde, lassen in der Tat eine solche Vermutung zu, daß Herriot die Aufgabe übernommen hat durch seine Bonhomie, durch sein behäbiges Ruho ausströmendes Wesen die spanische Volksseele zu entzücken und den Grundstein zu einer intimeren Freundschaft zu legen. Die demokratischen Zeitungen einschließlich „El Socialista“ geraten vor Freude über das leutselige Wesen des Gastes aus dem Häuschen. Herriot ging zu Fuß durch die Straßen Madrids — wie demokratisch! — ergriff freundlich die dargebotene Hand von Arbeitern, verteilte Pfeifen (die Pfeife Herriots war ein ausgiebiges Thema der harmlosen spanischen Presse), kaufte den Kindern eigenhändig Obst und verbot der Polizei, das Volk zurückzuhalten. „Lassen Sie das Volk herankommen“, soll er leutselig gesagt haben. „Wer denkt bei so einem Menschen an einen Krieg!“ fragt überwältigt von den „demokratischen“ Gästen „El Socialista“ und schreibt von einem historischen Besuch. Merkwürdiger Weise fügt die Zeitung hinzu, daß mehr der Mensch als der Politiker nach Spanien gekommen sei.

Aber nicht nur den Kindern hat Herriot etwas mitgebracht, sondern auch dem Präsidenten Spaniens, der den Orden der Ehrenlegion umgehängt bekam. Dafür hat Herriot den Orden der spanischen Republik bekommen.

Der Außenminister Zulueta erklärte über Herriot: „Drei Prinzipien verkörpert er: Frieden, Demokratie und Kultur, die heute auch die Fundamente des neuen Spaniens sind.“

Am Vorabend der Ankunft des Gastes sind in Madrid ungefähr hundert Kommunisten verhaftet worden.

dem Heer Flugzeuge und andere Rüstungsgegenstände geschenkt. Viele Beobachter haben bereits die Meinung geäußert, die Industrie habe sich mit dem Gedanken abgefunden, ihren Gewinn und vielleicht sogar noch mehr dem Heer opfern zu müssen, um durch dieses Opfer wenigstens den bloßen Bestand ihrer Organisation in eine Zeit hinüberzuretten, in denen ein weniger kriegerischer Geist herrschen wird.

Das augenblicklich regierende Kabinett Saito bemüht sich offenbar, die Ansprüche des Heeres gegenüber der Wirtschaft zu mildern. Ein Schritt dahin ist es, daß nur der Gedanke einer Besteuerung der hohen Vermögen von seiten der Regierung angenommen worden ist, nicht aber der, daß die Regierung die unbedingte Verfügungsgewalt über das Kapital verlangen solle. In politischen Kreisen rechnet man allerdings damit, daß das Kabinett bei seinen Bemühungen, die Ansprüche des Heeres herabzusetzen, stürzen könnte.

Die Polizei in Tokio gibt bekannt, daß sie einen neuen groß angelegten Anschlag gegen mehrere hohe japanische Beamte aufgedeckt und verhindert habe. Etwa 20 Personen sind in diesem Zusammenhang verhaftet worden.

Im Verein mit revoltierenden mandchurischen Staatstruppen griffen chinesische Freischaren nördlich von Chargin die Japaner an. Nach längerem blutigem Gefecht, in dem die Japaner Verstärkungen zusammenzogen und Bombenflugzeuge einsetzten, sollen die Angreifer zurückgeschlagen worden sein.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt, GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 2a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLÜCHOWSKI
MOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (23)
COPYRIGHT 1932 BY FAACHLEITER-VERLAG G. M. & H., BERLIN W 18

Gegen Mitternacht verabschiedeten sich die Menagebrüder, machen sich, von den heißesten Segenswünschen der beiden zurückbleibenden Frauen begleitet, auf den Heimweg. In der Menage feiern sie weiter, Vater Brückner muß noch so manches Mal in den Keller, um einen Kasten Bier heraufzuholen. Fleißig kreisen die Flaschen, singen und spielen die Kumpels bis in die Morgenstunden. Sie feiern Weihnachten auf ihre Art, und gar mancher denkt noch zurück an die freudigglänzenden Kinderaugen im Hause Knappenstraße 34.

Günther Gerling und Haas Döring, die beiden unzertrennlichen Freunde, haben sich jeder eine Kleine angelacht. Das war beim Knappenfest vor vier Wochen, als die einschmeichelnden Walzerweisen, die recht und schlecht von einem Bandoneonklub gespielt wurden, die Herzen in sehnsüchtige Stimmung versetzten und aufnahmefähig machten für Liebe und Verliebtheit. Haas hatte es auf Emmi Kowalski, das schwarzhaarige, dunkeläugige Klöbchen aus der Menage abgesehen, während Günther in Else Lampert verschossen war. Das ist ein niedliches, zierliches Mädchen mit dunklem Haar und blauen Augen. Ihre Mutter ist die Witwe eines vor fünf Jahren verunglückten Bergmanns. Zwei Kerle wie Haas und Günther brauchten nicht viel Anstrengungen zu machen, nach einigen Tänzen, festem Aneinanderreihern der Körper und vielesagenden Blicken und Händedrückchen waren sie sich mit den beiden Schönen einig. Als Weihnachtsüberraschung teilte Emmi Kowalski ihrem Haas Döring dann ein süßes Geheimnis mit, worüber er zwar nicht sehr erbaud war, aber doch daran ging, die sich aus diesem Falle ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Die erste war, daß er Günther mit wichtiger Miene verkündete, er würde sich zu Silvester mit Emmi verloben. Drei Monate später

sollte geheiratet werden, „damit das Kind seinen ehrlichen Namen bekommt“.

Westlich der Zechenanlagen, an einer Seite begrenzt von der Steinhalle, liegen drei Reihen niedriger Holzbaracken, das Negerdorf genannt. Etwas abseits davon drei langgestreckte Holzschuppen, die Aborte und Ställe. Früher waren in diesem Barackenlager Kriegsgefangene untergebracht, die Grubenarbeit verrichten mußten. Jetzt wohnen zum größten Teil ehemalige Flüchtlinge aus den Ostprovinzen darin, deren Arbeitsstätte ebenfalls die Zeche Rhenania ist. Tür an Tür hausen hier zahlreiche Familien. Durch die dünnen Bretterwände kann man jedes Wort verstehen, so daß jeder die Familienverhältnisse seines Nachbarn zur Rechten und Linken kennt. Eiserne Kälte herrscht im Winter in diesen Bretterbuden, denn der Wind jagt durch jede Ritze, und die dünnen Wände bieten keinen ausreichenden Schutz gegen die Unbilden der Witterung. Ein ungepflasterter Weg bildet den Zugang zum Lager, bei Regen- und Tauwetter muß man hier bis an die Knöchel im Schlamm waten. Die meisten der Einwohner sind mit reichem Kindersegen bedacht, die Wohnungen daher dicht genug bevölkert. Während der kalten Jahreszeit sitzt alles um den eisernen Ofen in der Mitte der Küche. Dort ist es einigermaßen warm, während in der Nähe der Türen und Fenster die Luft eisig kalt ist.

In einer dieser Wohnungen sitzt eine Familie beim Abendbrot. Ein langer, hagerer Mann mit buschigem, schwarzem Schnurrbart, dunklen, finstereblickenden Augen und einer ziemlich groß geratenen Nase: Franz Kowalski, ehemaliger Gefängnisaufseher in einer kleinen Stadt der Provinz Westpreußen, nach deren Besitzergreifung durch die Polen Flüchtling, und jetzt Bergmann auf Rhenania. Eine Frau von mittelgroßer, korpusculenter Gestalt, mit wägrigblauen Augen, dunkelblondem Haar und gutmütigem Gesichtsausdruck: Frau Anna Kowalski. Drei Knaben im Alter von acht bis fünfzehn Jahren und ein sechsjähriges Mädchen vervollständigen das Familienglück dieses Ehepaares. Die Mutter füllt die Silvesterpölse auf die Teller, Klöße mit Backobst. Eifrig führen die Kinder die Löffel zum Munde, ihre Gesichter zeigen den Ausdruck größter Zufriedenheit. Klöße mit Backobst ist was Feines, und dann steht da noch eine große Schüssel mit Mohnteufeln, die ebenso lecker

schmecken. Das gibt es jedes Jahr nur einmal, und zwar am Silvesterabend. Frau Kowalski füllt von jeder Speise einen Teller voll, setzt sie in den Schrank.

„Mutter, für wen ist das?“ fragt der kleine Anton, der Angst hat, daß er nicht genug bekommt.

„Für Emmi, die kommt doch nachher und soll auch ihr Teil mithaben.“

„Kannst woll wieder den Hals nich vollkriegen, du Freßsack“, knurrt Vater Kowalski seinen Sprößling an, daß er erschreckt zusammenfährt und weiterlöffelt, bis der letzte Rest vom Teller in seinen Magen gewandert ist. Nichts ist zu hören als das Klappern der Teller, das Kratzen der Löffel und das Ticken der Wanduhr. Vater Kowalski wischt sich den Bart, wartet, daß die anderen ebenfalls fertig werden mit dem Essen. Seine Frau holt ihm Pfeife und Tabak, räumt den Tisch ab. Die jüngeren Kinder müssen nun zu Bett, während Franz, der Fünfzehnjährige, noch aufbleiben darf. Kowalski stellt seinen Stuhl an den Ofen, setzt sich, dehnt sich behaglich zurück. Er ist mit sich selbst zufrieden. Die Kinder gehorchen ihm aufs Wort, und seine Frau tut auch nur, was er will. Einmal hatte es ja mächtigen Krach gegeben. Seine Frau wollte partout nicht, daß Emmi in Stellung gehen sollte, meinte, daß sie sie noch ganz gut zu Hause gebrauchen könnte. Da hatte er aber mit der Faust auf den Tisch geschlagen. „Was, so'n großes Weibsbild und dann noch den Eltern zur Last liegen? Das wär ja noch schöner, die konnte ihr Brot selber verdienen.“ Die Mutter fügte sich, und Emmi war froh, daß sie aus dem Hause und ins Ledigenheim als Klöbchenmädchen kam. Sie fühlte sich dort ganz wohl.

„Kuckuck“, tönt es achtmal von der Schwarzwälder Wanduhr.

„Nu wird woll Emmi bald kommen“, sagt Frau Kowalski.

„Soll woll“, brummt er in seinen Bart. „Hoffentlich bringt sie ne anständige Pülle mit.“

„Du weißt doch, daß sie nich knickrig ist, Vater“, spricht die Frau vorwurfsvoll.

„Na ja, tut sie auch nich zuviel dran. Verdient doch Geld genug.“

(Fortsetzung folgt.)

Währungskämpfe in Argentinien.

Die Schließung der Konversionskasse am 17. Dezember 1929 war gewissermaßen der Kanonenschuß, mit dem die Wirtschaftskrise in Argentinien feierlich und von Staats wegen eröffnet wurde. Seitdem haben sich auch in diesem Lande die Schwierigkeiten stetig gemehrt. Der Absatz der argentinischen Landeserzeugnisse begegnet immer größeren Hindernissen, die die Arbeitslosigkeit im Lande steigt mehr und mehr, und innerpolitische Verwicklungen fehlen nicht. Den deutlichsten Ausdruck findet die schwierige Gesamtlage jedoch in den Finanzschwierigkeiten des Landes und der Senkung des Pesokurses. Von seinem Paristand von 1,78 Mark ist der Peso am Laufe der letztvergangenen Jahre auf einen Kurs von 1,08 Mark nach der offiziellen argentinischen Notierung, und rund 0,90 Mark nach der deutschen Notierung herabgesunken.

Weshalb Peso-Entwertung?

Die Senkung des Pesokurses beruht zunächst einmal darauf, daß die Einlösbarkeit der Banknoten mit der Schließung der Konversionskasse aufgehoben wurde. Solange eine Banknote auf Verlangen in Gold umgewechselt werden kann, kann ihr Wert nicht wesentlich unter den des Goldes sinken. Man schloß die Konversionskasse deshalb, weil man dem Abströmen des Goldes, das die Regierung beunruhigte, Einhalt gebieten wollte. Die Abwanderung des Goldes beruhte auf der passiven Zahlungsbilanz des Landes, die ihrerseits wiederum eine Folge der falschen Wirtschaftspolitik früherer Jahre war.

Dennoch wäre auch nach Aufhebung der Einlösbarkeit eine Entwertung des Pesos in so starkem Maße, wie sie bisher eingetreten ist, nicht nötig gewesen. Denn eine Währung ist nicht unbedingt an das Gold gebunden, um stabil zu sein, wenn das Gold auch ein sehr nützliches Hilfsmittel dazu sein mag. Vielmehr hat die argentinische Regierung selber Schuld an dieser Kurssenkung, da ihre verschiedenen Maßnahmen eine solche hervorgerufen oder begünstigt haben. Da nun ein Volk in seiner Mehrheit, und vor allem die arbeitenden Schichten niemals ein Interesse daran haben können, ihr Zahlungsmittel entwertet zu lassen, müssen hier schon andere Kräfte im Spiele sein. Welche Interessenten hier im Trüben fischen möchten, ist nicht schwer zu erkennen. Daß es Interessen bestimmter Kreise sind, die den Antrieb für eine solche Politik der Regierung liefern, ist für den Kenner argentinischer Verhältnisse keinen Augenblick zweifelhaft, geht aber auch aus den verschiedenen öffentlichen Kundgebungen zu diesen Fragen mit völliger Deutlichkeit hervor.

Was tat die Regierung bisher?

Die Schließung der Konversionskasse (17. Dezember 1929) erfolgte noch unter dem Präsidenten Irigoyen. Man begründete die Maßnahme, wie schon angedeutet, damit, daß man dem weiteren Abfluß des Goldes und der dadurch bedingten Schmälerung der Notendeckung vorbeugen müsse. Am 6. September 1930 erfolgte dann die Revolution, die Uriburu an die Regierung brachte. Die Entwertung des Pesos betrug bis dahin rund 15 Prozent und schritt nur langsam weiter. Im September 1931 war sie auf rund 33 Prozent angekommen. Das Tempo der Abwärtsbewegung begann bereits, sich zu beschleunigen, als England den Goldstandard aufhob. Bis dahin hatte sich die hiesige Öffentlichkeit wegen der Pesosentwertung noch nicht sehr beunruhigt. Man kannte gewisse Schwankungen des Kurses aus früheren Jahren und wußte, daß immer wieder eine Erholung erfolgt war. Mit der Nachricht von der Aufhebung des Goldstandards in England griff jedoch eine Panikstimmung auf weite Kreise über. Eine allgemeine Flucht aus dem Peso in ausländische Werte begann, vor allem in den Dollar, dessen Kurs in wenigen Tagen fast das Doppelte des Paristandes erreichte. Um dieser Bewegung entgegenzutreten, rief die Diktaturregierung Uriburu die

Kurskontrollkommission

ins Leben. Ferner wurden zur Milderung des Kursdrucks ausländische Anleihen, deren Rückzahlung fällig gewesen wäre, verlängert. Zugleich wurden

Zollerhöhungen

eingeführt mit dem doppelten Zweck, die Staatseinnahmen zu erhöhen und die Einfuhr zu drosseln. Ein Sparprogramm für den Staatshaushalt wurde ausgearbeitet, und gleichzeitig wurden die Staatseinnahmen durch neue Steuern erhöht.

Spricht das alles nicht für den Willen der Regierung, dem Währungsverfall entgegenzuarbeiten? Andere Maßnahmen sprechen dagegen. Während nämlich der Notenumlauf, entsprechend der Schrumpfung des Handels, seit Beginn der Krise langsam zurückgegangen war (er betrug am 30. Juni 1928 1,44 Milliarden Papierpesos, am 30. Juni 1929 1,35 Milliarden, am 31. Dezember 1930 1,26 Milliarden und am 31. März 1931 1,18 Milliarden), ist er jetzt erneut künstlich erhöht worden. Vor allem durch die „Patriotische Anleihe“, die in diesem Frühjahr aufgelegt wurde, und deren Titel zum großen Teil (mangels Zeichnung durch das Publikum) bei der Konversionskasse zum Rediskont gegeben wurden, schuf man neue Wertzeichen in erheblicher Menge. Zur Zeit beträgt der Notenumlauf wieder 1,32 Milliarden Papierpesos.

Die wahren Ursachen der Krise.

Die wahren Ursachen der argentinischen Finanzkrise sind natürlich in der früheren Finanzwirtschaft zu suchen. Bei ihrer Betrachtung finden wir, daß in den vergangenen Jahren eine ganz ungeheure Mißwirtschaft getrieben wurde, vor allem eine Mißwirtschaft mit Anleihen. Die Art und Weise, wie diese Gelder verwandt wurden, muß in höchstem Maße verurteilt werden. Es ist hier eine bekannte Tatsache, daß diese Anleihen nicht oder nur zum geringsten Teil dazu benutzt wurden, die Produktion zu fördern, Wege und Siedlungen zu bauen oder die so nötigen Bewässerungsanlagen zu schaffen, und was dergleichen Arbeiten mehr sind. Man verwandte diese Gelder vielmehr, um die Fehlbeträge im Haushalt von Staats-, Provinz- und Stadtbehörden auszugleichen.

Das Drängen nach Inflation.

Die Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufes durch die Rediskontierung der Patriotischen Anleihe mußte naturgemäß zu einer Entwertung des Pesos führen. Allerdings konnte diese in Argentinien selber noch nicht zum Ausdruck kommen, da hier der Kurs durch die Kontrollkommission künstlich gehalten wird. (Er steht seit einem Jahr auf 388,63 Pesos für 100 Dollar.) Aber im Ausland fing die Peso-Notierung an abzusinken, und je größer die Spanne zwischen der hiesigen offiziellen Notierung und dem Auslandskurs wurde, umso größer wurde das Interesse der Deviseninhaber, ihre Guthaben im Auslande oder unter Umgehung der Kommission zu verkaufen, um sie dieser nicht zu dem schlechten offiziellen Kurs abliefern zu müssen. Dadurch bekam die Kommission entsprechend weniger Devisen in die Hand und konnte der Nachfrage nicht mehr voll genügen. Die Bildung einer schwarzen Börse begann. Offiziell wird ihr Bestehen zwar verneint, aber man braucht es nicht zu bezweifeln; denn der Unterschied zwischen dem amtlichen und dem privaten Kurs, der zur Zeit auf rund 20 Prozent beziffert wird, ist eine so große Lockung selbst für sonst vorsichtige Leute, und die Machtmittel der Kommission sind zu gering.

Die Großagrarien, die dies sehen und andererseits durch die wachsende Steigerung ihrer unbezahlten Zinsschulden immer mehr in Bedrängnis kommen, melden sich jetzt immer stürmischer zum Wort. Sie verlangen, daß der Pesokurs auch offiziell herabgesetzt wird.

Ihre Forderung begründen sie damit, daß die argentinischen Produkte ja doch im Auslande in Goldwährung verkauft würden, also bei einer Herabsetzung des Kurses mehr Pesos ins Land strömen würden und dadurch die Wirtschaft eine Belebung erfahren würde. Wie man sieht: die alten Argumente der Agrarier. Was sie in Wirklichkeit wollen, ist die

Inflation, damit sie sich mit dem entwerteten Geld die Hypotheken vom Halse schaffen können.

Die Angriffe dieser Großagrarien werden zur Zeit immer heftiger und unverschämter. Noch finden sie zwar Widerstand in dem Finanzminister Dr. Hueyo, der Inflationseegner ist (obwohl auch er schon gewisse Zugeständnisse machen mußte), und ferner in den Kreisen des Importhandels, der sich bei einer Inflation in seinen Existenzgrundlagen bedroht sähe. Aber die Großagrarien sind nicht nur die mächtigste und einflussreichste Klasse des Volkes, als dessen „lebendige Kräfte“ sie, seine

Man wirtschaftete eben mit der größten Unbekümmertheit darauf los, ohne viel darüber nachzudenken, was morgen kommen würde.

Diejenigen, die sich die damalige Goldflüssigkeit am stärksten zu Nutze machten, waren natürlich hier wie in allen Ländern und zu allen Zeiten die Großgrundbesitzer. Mit Hilfe künstlich hochgeschraubter Schätzungen nahmen sie bei der staatlichen Hypothekenbank Gelder auf, die den Wert ihrer Besitzungen selbst zu den damaligen spekulativ übersteigerten Preisen zum Teil weit überstiegen. Seitdem sind jedoch die Preise der argentinischen Landeserzeugnisse und damit naturgemäß auch die Bodenpreise sehr stark gefallen. Bei den wichtigsten Erzeugnissen, wie Weizen und Mais, betragen die heutigen Preise nur noch rund die Hälfte der früheren. Infolge dieser starken Verringerung ihrer Einnahmen wird den Hypothekenschuldnern die Aufbringung der Zinsen schwer, in den meisten Fällen sogar unmöglich.

Die ganze Klasse dieser Großgrundbesitzer ist deshalb heute mit wenigen Ausnahmen als bankrott anzusehen.

Der Staat selber hat allerdings in der Krise auch nicht viel besser gewirtschaftet. Noch in diesem Jahre machen zum Beispiel von dem an sich für ein Land wie Argentinien recht hohen Budget von rund 850 Millionen Pesos allein die Ausgaben für Heer und Marine einschließlich Pensionen rund 180 Millionen Pesos aus. Der Beamtenabbau und das Sparprogramm, auf die seinerzeit im Interesse der Festigung der Finanzen so große Hoffnungen gesetzt wurden, sind ziemlich restlos im Sande verlaufen. Mittlerweile spitzen sich die Dinge weiter zu.

schlimmsten Schädlinge, sich in bekannter verlogener Weise hinstellen, sondern es herrscht unter ihnen auch die größte Einigkeit in Bezug auf ihre Forderungen.

Wer wird siegen?

Welche Partei die Oberhand behalten wird, die Inflationisten, das heißt: die Großagrarien einschließlich der übrigen Großschuldner, oder die Inflationseegner, bleibt abzuwarten. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wird zur Zeit durch den Vorschlag in Anspruch genommen, die argentinischen Auslandsanleihen zu „konvertieren“ (ihren Zinsfuß herabzusetzen). Dies würde für das Land, in dem heute ein großer Teil der Einnahmen für den Zinsendienst dieser Anleihen verwendet werden muß, eine erhebliche Erleichterung bringen und die Stützung des Pesokurses vereinfachen. Da dies jedoch das Gegenteil von dem ist, was die Großagrarien wollen, ist mit ihrem Widerstand gegen diesen Vorschlag zu rechnen, zumal sie bisher alle Moratoriumsprojekte bekämpft haben.

So, wie die Dinge liegen, kommt also alles auf eine Machfrage hinaus. Daß es sich bei einer Inflation um einen Akt der größten Ungerechtigkeit handelt, ja, daß sie einen Raub an Millionen von Unschuldigen darstellt, um einige tausend Bankrotteneure zu begünstigen, die nur von Ausbeutung leben und gelobt haben, kommt hier fast keinem in Betracht. Es wird wenigstens von keinem erwähnt. Ueber die Gerechtigkeit wirtschaftlicher Maßnahmen diskutiert man ja in Argentinien ebenso wenig wie in anderen Ländern. Wenn man die Kräfteverhältnisse in diesem Kampf abwägt, so muß man leider erkennen: diejenigen, die nach den Großagrariern am stärksten an der Sache interessiert sind, nämlich die Arbeiter, denen ein riesiger Lohnraub drohen würde, sind sich einestheils, wie es scheint, über die Bedeutung einer Inflation längst nicht genügend im klaren, und es fehlt ihnen wie auch allen anderen Inflationseegnern an der nötigen Einigkeit, um dem Drängen der Interessenten eine geschlossene Abwehrfront entgegenzusetzen. So ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß

die Arbeiter, statt ihre Sache selber in die Hand zu nehmen, deren Verteidigung einem Gegner ihrer Klasse überlassen: Dr. Hueyo, dem kapitalistischen Finanzminister, der sich bisher weigerte, den Inflationwünschen nachzugeben.

Buenos Aires, den 27. Oktober 1932.

B. D.

(Durch Zeppelin.)

Was ist Geld?

Ernst Wagemann: „Was ist Geld?“ 87 Seiten. 1 Mark. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg.

Wagemanns kleine Schrift würden wir wegen ihrer flüssigen und anschaulichen Schreibweise zur Einführung in die Währungsprobleme empfehlen, wenn sie nicht eine Tendenzschrift wäre, geschrieben, um Inflationismasnahmen ideologisch vorzubereiten. Wer das weiß und die Schrift kritisch liest, wird Gewinn davon haben; denn sie regt in vieler Beziehung zum Nachdenken an. Konkrete Vorschläge entwickelt sie freilich nicht. Felix Pinner hat also sehr recht, wenn er seine ausführliche Kritik im „Berliner Tageblatt“ überschreibt: „Der vage Mann.“

Wenn man einzelne Sätze genau liest, so fällt das Urteil allerdings noch weit härter aus!

Wir lesen zum Beispiel auf Seite 32: „Die Währungsfrage ist vor allen Dingen ein außenwirtschaftliches, ein internationales Problem.“ Begründung: „Denn der Wert einer Geldinheit äußert sich am sichtbarsten in ihren Beziehungen zu den ausländischen Währungen.“ Seit wann ist denn die Sichtbarkeit ein Gradmesser für die Wichtigkeit? Und seit wann ist es denn etwa unsichtbar, wenn jemand zur Begleichung seiner Schulden die doppelte oder dreifache Warenmenge verkaufen muß, als er von der Schuldsomme kaufen konnte?

Ein anderes Beispiel: Was Wagemann unter „ökonomisch handeln“ versteht, bleibt völlig vage. Wir lesen bei ihm: „Freilich bleibt diese Forderung (nach Einhaltung gewisser Grundsätze bei der Geldausgabe) nur ein frommer Wunsch, wenn nicht auf der ganzen Linie das ökonomische Prinzip waltet. Die idealste Geldschöpfung muß versagen, wenn sich die Menschen in den Kopf setzen, für das inländische Geld ausschließlich Devisen zu kaufen.“ — Ausschließliche Devisen zu kaufen und also neben ihnen zu verhungern, setzen sie sich natürlich nicht in den Kopf! Doch abgesehen davon: Wenn die Menschen, infolge über Krisenerfahrungen, von allen Seiten geradezu anarchisch durch Staatseingriffe bedrängt, das tun, was ihnen — mit Recht! — als das ökonomisch

richtigste erscheint, wenn sie nämlich nach Kräften aus dem inländischen Geld fliehen, dann spricht unser vager Mann abfällig von „in den Kopf setzen“ statt von ökonomisch denken und handeln! Mag sein, daß Wagemann ein solches Denken und Handeln im Interesse der gesamten Volkswirtschaft nicht gern sieht; aber wird es denn dadurch unökonomisch?

Solche Sätze, wie der eben behandelte, werden geschrieben, gedruckt und gelesen und — kaum kritisiert. (In den Kritiken, die mir bisher zu Gesicht gekommen sind, wird dieser Satz nicht einmal erwähnt.) Die Kritiker äußern sich zu solchem Mißbrauch der Sprache nicht, in diesem Fall entweder, weil sie sich selber nicht gefragt haben, was denn nun in der gegebenen Situation ökonomisch ist, oder, weil sie sich bereits daran gewöhnt haben, daß ein Wort auf einer Seite in zwei Bedeutungen gebraucht wird. Setzt ihre Kritik vielleicht erst dann ein, wenn ein Wort auf einer Seite in drei oder vier Bedeutungen benutzt wird? — Bei dieser Gelegenheit: Weil das ökonomische Schrifttum und die ökonomische Fachkritik sich weitgehend auf demselben Niveau bewegen, beziehungsweise gerade deshalb in trauriger Gemeinsamkeit immer weiter absinken, ist es so sehr schwer, denen, die ein nationalökonomisches Buch lesen möchten, ein ordentliches Buch zu empfehlen. Ich nenne dann — wenn auch unter Vorbehalt — meist Adam Smith: „Vom Reichtum der Nationen“, erschienen 1776! — Doch zurück zu Wagemann.

Seine Ausführungen über die historische Entwicklung des Währungswesens sind interessant. Er beschreibt: Im 18. Jahrhundert führten Wirtschaftskrisen noch zum Zusammenbruch von Notenbanken. Die Noten wurden ursprünglich als reine Schuldverpflichtungen der Notenbanken gegenüber dem einzelnen Kunden aufgefaßt. Mißtrauen konnte so zu einem Run auf eine Notenbank und damit zu ihrem Bankrott führen. Das ist heute unmöglich, weil die Noten gesetzliche Zahlungsmittel sind. Inzwischen sind aber neben den Noten die Giralguthaben bei den großen Kreditbanken tatsächlich zu einem Zahlungsmittel geworden. Darum vor allem mußte — nach Wagemann — das Reich im Juli 1931 den Zusammenbruch der Großbanken unter großen Opfern aufhalten; es habe dadurch, wenn auch noch unbewußt, anerkannt, daß diese Giralguthaben Zahlungsmittel sind. Es gelte nun, „bewußt und planmäßig die rechtlichen und währungspolitischen

Konsequenzen daraus zu ziehen.“ (Seite 60.) — Was am Ende bei wirklich freier Konkurrenz herausgekommen wäre, wird nicht erörtert.

Was ist Inflation?

Gefährlich sind die Abschnitte, in denen der Inflation propagandistisch geschickt vorgearbeitet wird. Für den Nichtsachkundigen wirkt es bestechend, wie elegant gewisse Einwendungen gegen die Geldschöpfung abgetan werden, so die Behauptung, Inflation entstehe bei Überschreitung gesetzlicher Notendeckungsgrenzen. Wagemanns elegante Widerlegung ist sogar richtig! Nur widerlegt er etwas, was heute kein vernünftiger Mensch mehr behauptet, auch nicht, wenn er die Goldwährung aus manchen Gründen für zweckmäßig hält.

Was geschieht nach Wagemanns Ansicht, wenn die Notenausgabe „um einen Milliardenbetrag ausgedehnt würde? Wie würde dies auf die Preise wirken?“ — „Allem Gebarme der Inflationshysteriker zum Trotz würden dadurch fast nur die Umsätze, aber kaum die Preise gesteigert werden, vorausgesetzt, daß folgende Bedingungen innegehalten würden:

1. straffe Einkommens- und Lohnpolitik,
2. Kontrolle der autonomen Geldschöpfung,
3. Devisenzwangswirtschaft.“

Wagemanns Ansicht läuft darauf hinaus, daß in Deutschland erst Vorräte für drei Milliarden Mark mit Hilfe des neu geschaffenen Geldes „abgeschmolzen“ werden müßten, ehe eine Preissteigerung einsetzt. Diese Ansicht ist durch die Untersuchungen seines Instituts, in denen die deutschen Vorräte als auf ein Minimum zusammengeschrunpft bezeichnet wurden, im voraus widerlegt. Sie leuchtet übrigens sowieso nicht ein; denn die Möbelpreise werden steigen, auch wenn die Kohlenhalden noch so groß sind!

Unser Interesse konzentriert sich auf die Frage: Was ist der Sinn der straffen Einkommens- und Lohnpolitik, die Wagemann fordert? Soll so verhindert werden, daß bei steigenden Preisen auch die Löhne steigen? Soll also noch besser als bei der Kriegs- und Nachkriegsinflation gesichert werden, daß die Lohnempfänger die „Inflationsteuer“ voll tragen? — Wir danken für jeden Inflationssauberg! Für einen unter solchen Sicherungen aber ganz besonders!

Hellmut Rauschenplat.